

324779-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Neubau eines gemeinschaftlichen Wohnprojekts - Objektplanung; Tragwerksplanung; Technische Ausrüstung
OJ S 106/2024 03/06/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: St. Katharinen- und Weißfrauenstift Stiftung des öffentlichen Rechts
E-Mail: info@stkathweis.de
Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Sozialwesen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Neubau eines gemeinschaftlichen Wohnprojekts - Objektplanung; Tragwerksplanung; Technische Ausrüstung
Beschreibung: Das St. Katharinen- und Weißfrauenstift plant in Zusammenarbeit mit Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V. ein gemeinschaftliches Mietwohnprojekt zu realisieren. Für die hierfür erforderlichen Planungsleistungen beabsichtigt das St. Katharinen- und Weißfrauenstift die Beauftragung eines Generalplaners, welcher die erforderlichen Planungs- und Beratungsleistungen im Bereich Objektplanung Gebäude und Innenräume; Tragwerksplanung; Technische Ausrüstung; Bauphysik (Wärmeschutz, Energiebilanzierung und Bauakustik) und Brandschutz gesamtheitlich ausführt.
Kennung des Verfahrens: a5661a2e-9ba0-4bf4-9fd0-a1518eb75efa
Interne Kennung: Kreuzerhohl, FFM_05/2024
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein
Zentrale Elemente des Verfahrens: Die Vergabe erfolgt im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 17 VgV in der zum Zeitpunkt der EU-Vergabebekanntmachung geltenden Fassung. Es gelten die Bestimmungen des Teils 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Vergabeverordnung (VgV). Der Auftraggeber beabsichtigt eine stufenweise Vergabe der Leistung. Ein Rechtsanspruch auf eine Gesamtbeauftragung besteht nicht.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Frankfurt am Main

Postleitzahl: 60439

Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4YL6HSXK A) Verfahrenssprache Die Teilnahmeanträge und auch die Angebote sind in deutscher Sprache einzureichen. Sofern ein fremdsprachiger Nachweis als Bestandteil eines Teilnahmeantrags oder Angebots vorgelegt wird, ist neben dem Nachweis jeweils eine beglaubigte Übersetzung des Nachweises vorzulegen. B) Begriffsbezeichnungen Unter dem nachfolgenden Begriff "Bewerber" werden Einzelbewerber (natürliche oder juristische) oder Zusammenschlüsse solcher (Bewerbergemeinschaften) zusammengefasst. Sofern Einzelbewerber oder Bewerbergemeinschaften in den nachfolgenden Kapiteln bzw. Vergabeunterlagen nicht ausdrücklich genannt werden, sind diese grundsätzlich unter dem Begriff "Bewerber" zu verstehen. C) Registrierung Vergabeplattform Bewerber, die an dem Vergabeverfahren teilnehmen wollen, sind verpflichtet sich mit einer eindeutigen Unternehmensbezeichnung sowie einer E-Mail-Adresse auf der Vergabeplattform (DTVP - Deutsches Vergabeportal GmbH) zu registrieren. Nicht registrierte Unternehmen müssen sich eigenverantwortlich auf der Vergabeplattform zum aktuellen Stand des Vergabeverfahrens informieren (Holschuld). Tun Sie das nicht regelmäßig, tragen Sie das Risiko, eine Information zu verpassen und ein Angebot auf der Grundlage veralteter Vergabeunterlagen zu erstellen und daraufhin auf Grund fehlerhafter Unterlagen vom Verfahren ausgeschlossen zu werden. D) Bewerbungsunterlagen Die Bewerbungsunterlagen beinhalten alle notwendigen Informationen zur Bearbeitung des Teilnahmeantrags. Enthalten die Bewerbungsunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er den Auftraggeber unverzüglich darauf hinzuweisen. Fragen des Bewerbers zum Vergabefahren sind ausschließlich über die Vergabeplattform bis spätestens sieben Tage vor der jeweiligen Abgabefrist zu richten. Der Auftraggeber behält sich vor, nach diesem Zeitpunkt eingehende Fragen nicht mehr zu beantworten. E) Abgabe Teilnahmeantrag Für die Einreichung des Teilnahmeantrags ist das Formblatt mit der Bezeichnung "Teilnahmeantrag" sowie bei Bedarf die Bewerbergemeinschaftserklärung (Anlage C1 zum Teilnahmeantrag) bzw. die Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Anlage C2 zum Teilnahmeantrag) zu verwenden. Der Teilnahmeantrag sowie die geforderten Nachweise und Anlagen sind ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen. Entscheidend dabei ist der Eingang der Unterlagen, auf der Vergabeplattform und nicht der Zeitpunkt, zu dem das Versenden des Teilnahmeantrags gestartet wurde. Bitte berücksichtigen Sie daher einen ausreichenden zeitlichen Vorlauf für die elektronische Übermittlung Ihres Teilnahmeantrags. Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen. F) Bewerbergemeinschaften Bewerbergemeinschaften sind zugelassen (vgl. § 43 VgV). Eine nachträgliche Bildung von Bietergemeinschaften zur Angebotsabgabe führt jedoch zwingend zum Angebotsausschluss. G) Nachunternehmer mit Eignungsleihe (andere Unternehmen) Der Bewerber kann sich bei der Erfüllung der Eignungsanforderungen der Fähigkeiten, Ressourcen bzw. Mittel anderer Unternehmen bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen (vgl. § 47 VgV). H) Nachunternehmer ohne Eignungsleihe Nachunternehmer ohne Eignungsleihe sind erst bei Angebotsabgabe zu benennen. I) Nachforderungen Der AG behält sich das Nachfordern nach Maßgabe des § 56 Abs. 4 VgV vor. J) Mehrfachbeteiligungen Mehrfachbeteiligungen, d.h. parallel Beteiligung als Einzelbietender und gleichzeitig als Gesellschafter/in einer Bietergemeinschaft, sind unzulässig und führen

zum Ausschluss sämtlicher hiervon betroffener Bewerbungen, sofern die betroffenen Bietenden nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden. Mehrfachbeteiligungen von Nachunternehmern sind zulässig, sofern diese keinen maßgeblichen Einfluss auf die Angebotsgestaltung haben. Der AG wird einzelfallbezogen entscheiden, ob ein Ausschluss unter dem Gesichtspunkt einer Wettbewerbsbeeinflussung geboten ist

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:
Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Neubau eines gemeinschaftlichen Wohnprojekts - Objektplanung; Tragwerksplanung; Technische Ausrüstung

Beschreibung: Das St. Katharinen- und Weißfrauenstift ist eine selbstständige Stiftung des öffentlichen Rechts. Sie kann auf eine über 775-jährige Geschichte zurückblicken und zählt somit zu den ältesten öffentlich milden Stiftungen der Stadt Frankfurt am Main. Immer mehr Menschen wünschen sich neue Wohnmodelle, die durch nachhaltige Grundrisse mehr Lebensqualität bieten - gemeinschaftliche, veränderbare und auch generationsübergreifende Wohnformen. Ein Haus mit vielen Begegnungsorten für eine Wohngemeinschaft ist das Konzept für das Neubauprojekt des St. Katharinen- und Weißfrauenstifts. Vergabe von Planungsleistungen: - Gebäude und Innenräume gemäß § 34 HOAI in den Leistungsphasen 1-9 - Fachplanungsleistung Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI in den Leistungsphasen 1-6; - Fachplanungsleistung Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI in den Leistungsphasen 1-9; - Fachplanungsleistung Bauphysik (Wärmeschutz und Energiebilanzierung, Bauakustik) gemäß Anlage 1, Abschnitt 1.2.1 HOAI in den Leistungsphasen 1-7; - Fachplanungsleistung Brandschutz gemäß AHO-Heft Nr. 17, Ausgabe 12/22 in den Leistungsphasen 1-8. Sowie Grundleistungen der o.g. Leistungsphasen zzgl. Besondere Leistungen, stufenweise Beauftragung. Die voraussichtlichen Baukosten der zu vergebenden Leistungen werden für die Kostengruppen 300-500 auf ca. 2.183.335 EUR (netto) geschätzt. Es wird angestrebt, die Planung unmittelbar nach dem Vergabeverfahren zu beginnen.

Interne Kennung: Kreuzerhohl, FFM_05/2024

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Frankfurt am Main

Postleitzahl: 60439

Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Für die geforderten Erklärungen/ Nachweise ist das den Vergabeunterlagen beigelegte Formblatt mit der Bezeichnung "Teilnahmeantrag" zu verwenden. - Verbindliche Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach VgV und / oder GWB vorliegen, - Verbindliche Eigenerklärung, über den Nachweis der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG), - Verbindliche Eigenerklärung zur Eintragung im Handels-/ Partnerschaftsregister. Bei Unternehmen die nicht im Handels-/ Partnerschaftsregister eingetragen sind, ist stattdessen eine rechtsverbindliche Eigenerklärung zu Geschäftszweck und Vertreterregelung vorzulegen, - Verbindliche Eigenerklärung nach Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands - Geforderte Eignungsnachweise die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen. Hinweis für Bewerber- / Bietergemeinschaften: -Der Auftrag kann an Einzelunternehmen oder an Bewerber- / Bietergemeinschaften vergeben werden. Bewerbergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag die von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (Anlage "Bewerbergemeinschaftserklärung") abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter aufgezeigt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. -Alle Mitglieder einer Bewerber- / Bietergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch. Bewerber-/ Bietergemeinschaften füllen einen gemeinsamen Teilnahmeantrag aus und legen eine gemeinsame Referenzliste vor. Alle Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft geben jeweils eigene geforderte Erklärungen /Nachweise entsprechend der Vorlage des Auftraggebers ab. Nachunternehmer: -Der Bewerber kann sich bei der Erfüllung der Eignungsanforderungen der Fähigkeiten Ressourcen /Mittel von dritten Unternehmen bedienen. Dazu ist die Anlage "Verpflichtungserklärung Eignungslleihe" zu verwenden. Die Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft müssen in diesem Fall nachweisen, dass sie auf die Mittel des/der anderen Unternehmen tatsächlich zugreifen können. Als Bewerber sind natürliche Personen zugelassen, wenn sie nach den Gesetzen der Länder oder wenn sie nach den EU-Richtlinien berechtigt sind, die Berufsbezeichnung - Architekt und Ingenieure- zu tragen. Bei juristischen Personen muss mindestens eine natürliche Person die Eintragung in der Kammer nachweisen. Für ausländischen Bewerber sind vergleichbare Nachweise unter Beachtung der Berufsanerkennungsrichtlinie 2013/55/EU vorzulegen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Für die geforderten Erklärungen/Nachweise ist das den Vergabeunterlagen beigelegte Formblatt mit der Bezeichnung "Teilnahmeantrag" zu verwenden. Haftpflichtversicherung: - Eigenerklärung, dass der Bewerber/ der bevollmächtigte Vertreter der Bewerbergemeinschaft über eine Haftpflichtversicherung bei einem in der EU zugelassenen Versicherer mit u. g. Mindestdeckungssummen verfügt bzw. - Eigenerklärung, dass der Bewerber/ der bevollmächtigte Vertreter der Bewerbergemeinschaft eine solche Haftpflichtversicherung im Auftragsfall abschließt, falls die bestehende Haftpflichtversicherung

die u. g. Mindestdeckungssummen nicht enthält Jahresumsatz: - Eigenerklärung zum Netto-Jahresumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren dem Tätigkeitsbereich des Auftrags entsprechen. Möglicherweise geforderte Mindeststandards Zu Haftpflichtversicherung: - Mindestdeckungssummen: Personenschäden - 3.000.000 EUR (pro Schadensfall, min. 2-fache Jahresmaximierung), Sachschäden - 3.000.000 EUR (pro Schadensfall, min. 2-fache Jahresmaximierung) Zu Jahresumsatz: - Jahresumsatz (netto) für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2021, 2022, 2023) in Höhe von durchschnittlich: Objektplanung Gebäude und Innenräume 150.000 EUR, in Summe 450.000 EUR; Tragwerksplanung 100.000EUR in Summe 300.000EUR; Technische Ausrüstung 100.000EUR in Summe 300.000EUR.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Für die geforderten Erklärungen/Nachweise ist das den Vergabeunterlagen beigelegte Formblatt mit der Bezeichnung "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Personelle Leistungsfähigkeit: - Erklärung zur durchschnittlichen jährlichen festangestellten Beschäftigten des Unternehmens zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags (2024) und in den beiden davor liegenden Jahren (2022 und 2023) mit Qualifikation und Berufserfahrung bezogen auf die ausgeschriebenen oder vergleichbaren Leistungen. - Im Fall einer Bewerbergemeinschaft sind die Angaben von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. - Im Fall von Eignungsleihe sind die Angaben von jedem Nachunternehmer mit Eignungsleihe vorzulegen. - Zum Nachweis der Erfüllung der Mindestvoraussetzungen werden die Angaben bei Bewerbergemeinschaften und/ oder bei Eignungsleihe addiert (kumulierte personelle Leistungsfähigkeit). MINDESTKRITERIUM:

Personelle Leistungsfähigkeit: - 5 festangestellte Architekten (mit entsprechendem berufsqualifizierendem Abschluss) mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung - 2 festangestellte Ingenieure im Bereich Tragwerksplanung (mit entsprechendem berufsqualifizierendem Abschluss) mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung - 2 festangestellte Ingenieure im Bereich "Anlagengruppen 1-3; 8" (mit entsprechendem berufsqualifizierendem Abschluss) mit mind. 5 Jahren Berufserfahrung - 2 festangestellte Ingenieure im Bereich "Anlagengruppen 4-6" (mit entsprechendem berufsqualifizierendem Abschluss) mit mind. 5 Jahren Berufserfahrung Referenzabfrage: Es sind maximal 5 verschiedene Referenzen abzugeben, die mit der zu vergebenden Leistung und Komplexität vergleichbar sind. Die zur Verfügung gestellten Referenzblätter im Teilnahmeantrag müssen jeweils vollständig ausgefüllt werden. Die Prüfung der Referenzen erfolgt nur für die dort eingetragenen Projekte. Allgemeine Referenzlisten werden nicht berücksichtigt. Geforderte Anlagen sind beizulegen. Jede Referenz sollte in Form von aussagekräftigen Bildern und Beschreibungen belegt werden. MINDESTKRITERIUM: Referenzen: Der Bewerber hat zur Darlegung der Eignung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV Referenzen in Bezug auf die folgenden Bereiche darzulegen: - Referenzkategorie 1: Objektplanung Gebäude und Innenräume - Referenzkategorie 2: Tragwerksplanung - Referenzkategorie 3: Technische Ausrüstung Es sind die o.g. Referenzen abzugeben, die mit der zu vergebende Leistung bzw. Komplexität vergleichbar sind. Aus Sicht des Auftraggebers ist die vorgenannte Anzahl an Referenzen ausreichend. Der Auftraggeber behält sich vor, bei Abgabe von mehr als den geforderten Referenzen die Referenz mit der höchsten Punktzahl in der jeweiligen Referenzkategorie in die Wertung einzubeziehen. Ein Referenzprojekt darf auch in mehreren Referenzkategorien vorgelegt werden. Innerhalb einer Referenzkategorie darf ein Referenzprojekt jedoch nicht mehrfach eingereicht werden. Referenzkategorie 1 - Objektplanung Gebäude und Innenräume (gesamt max. 40 Punkte) - 2 Referenzen aus dem Hochbau; Neubau eines Geschosswohnungsbau; Fertigstellung der LPH 5 gemäß § 34 HOAI innerhalb der letzten 8

Jahre (05/2016 - Zeitpunkt der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge) zusätzlich für Referenz 1 oder 2 - Öffentlicher Auftraggeber/ Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts; Fertigstellung der LPH 8 gemäß § 34 HOAI innerhalb der letzten 8 Jahre (05/2016 - Zeitpunkt der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge) Referenzkategorie 2 - Tragwerksplanung (gesamt max. 30 Punkte) - Referenz aus dem Bereich Hochbau; Neubau eines Geschosswohnungsbau; Erfüllung und Fertigstellung der LPH 1-6 gemäß § 51 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 8 Jahre (05/2016 - Zeitpunkt der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge) Referenzkategorie 3 - Technische Ausrüstung (gesamt max. 30 Punkte) 2 Referenzen aus dem Hochbau; Neubau eines Geschosswohnungsbau; Fertigstellung der LPH 5 gemäß § 55 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 8 Jahre (05/2016 - Zeitpunkt der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge) zusätzlich für Referenz 1 oder 2 - Bearbeitung der Anlagengruppen 1, 2 und 3 nach § 53 Abs. 2; - Bearbeitung der Anlagengruppen 4 und 5 nach § 53 Abs. 2; - Fertigstellung der LPH 8 gemäß § 55 Abs. 3 HOAI innerhalb der letzten 8 Jahre (04/2016 - Zeitpunkt der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge) Unter Berücksichtigung der angegebenen Mindest- und Höchstzahl werden die entsprechenden Bewerber mit den meisten Punkten zur Angebotsabgabe aufgefordert. Erfüllen mehrere Bewerber auf dem letztmöglichen Rang gleichermaßen die Anforderungen wird die Auswahl durch einen Losentscheid getroffen (vgl. § 75 Abs.6 VgV). Die geforderten Angaben sollen plausibel und nachvollziehbar sowie mit Bezugnahme der gemachten Angaben in einer Projektbeschreibung dargestellt werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Rangfolge: 5,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Organisation

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Herangehensweise

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorar

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 23/06/2024 00:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YL6HSXK/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YL6HSXK>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YL6HSXK>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 02/07/2024 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 60 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der AG behält sich das Nachfordern nach Maßgabe des § 56 Abs. 4 VgV vor.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Mit Einreichung Ihrer Bewerbung erklären sich alle Bewerber, auch soweit aus dem EU-Ausland stammen, mit der Anwendung der HOAI 2021 (Honorarordnung für Architekten und Ingenieurleistungen) einverstanden.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Regierungspräsidium Darmstadt

Überprüfungsstelle: Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein; (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriftengeltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht; (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: a. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem

Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; b. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden; c. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden; d. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: St. Katharinen- und Weißfrauenstift Stiftung des öffentlichen Rechts

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Regierungspräsidium Darmstadt

Beschaffungsdienstleister: PROPROJEKT - Planungsmanagement & Projektberatung GmbH

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: St. Katharinen- und Weißfrauenstift Stiftung des öffentlichen Rechts

Registrierungsnummer: 04725038060

Postanschrift: Braubachstraße 15

Stadt: Frankfurt am Main

Postleitzahl: 60311

Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)

Land: Deutschland

E-Mail: info@stkathweis.de

Telefon: 069 15 68 02-0

Internetadresse: <https://www.st-katharinen-und-weissfrauenstift.de/>

Profil des Erwerbers: <https://www.st-katharinen-und-weissfrauenstift.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: PROPROJEKT - Planungsmanagement & Projektberatung GmbH

Registrierungsnummer: DE177440166

Postanschrift: Hedderichstrasse 108-110

Stadt: Frankfurt am Main

Postleitzahl: 60596

Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)

Land: Deutschland

E-Mail: vergaben@proprojekt.de

Telefon: +49 69605011-0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Darmstadt

Registrierungsnummer: DE 812056745

Postanschrift: Wilhelminenplatz 1-3
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
E-Mail: poststelle@rpda.hessen.de
Telefon: +49 6151120
Fax: +49 6151126347

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Darmstadt
Registrierungsnummer: DE 812056745
Postanschrift: Wilhelminenplatz 1-3
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
E-Mail: poststelle@rpda.hessen.de
Telefon: +49 6151120
Fax: +49 6151126347

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Darmstadt
Registrierungsnummer: DE 812056745
Postanschrift: Wilhelminenplatz 1-3
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
E-Mail: poststelle@rpda.hessen.de
Telefon: +49 6151120
Fax: +49 6151126347

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0006

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d4059649-37bb-4d8c-a722-d037a8bec690 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 31/05/2024 14:36:33 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 324779-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 106/2024
Datum der Veröffentlichung: 03/06/2024